

präsentanz von Staatengruppen im Sicherheitsrat nicht vorsieht und eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht absehbar ist, denke ich, daß wir uns auf die Einnahme eines ständigen Sitzes einstellen sollten.

Gegenüber starken Verengungen der deutschen Diskussion muß man festhalten, daß Fragen der internationalen Sicherheit nicht nur und nicht einmal in erster Linie auf militärischer Ebene zu beantworten sind. Die eigentlichen Bedrohungen und Risiken der Weltgesellschaft müssen auf den Gebieten des Umweltschutzes und des Nord-Süd-Gegensatzes angegangen werden. Daß man die zurückliegende dritte UN-Entwicklungsdekade als ‚verlorenes Jahrzehnt‘ bezeichnen muß, wirft ein düsteres Licht auf die Entwicklungspolitik der Industrieländer und auf die Folgen einer asymmetrischen Weltwirtschaftsordnung, die einseitige Abhängigkeiten schafft und es verhindert, daß die Staaten der Dritten Welt sich aus eigener Kraft aus ihrem Elendszustand herausarbeiten können. Obwohl die Alarmzeichen – katastrophale Hungersnöte, Verteilungskämpfe, Armutswanderungen, Verelendung und Unterentwicklung – immer schriller klingen, haben sich die Indu-

striestaaten zu einem gründlichen Kurswechsel in der Entwicklungspolitik bisher nicht entschließen können.

Deren unbefriedigende Ergebnisse werfen für uns die Frage auf, ob im Rahmen der Vereinten Nationen eine Fortführung der bisherigen deutschen Politik gegenüber den Entwicklungsländern noch angemessen ist. Sie muß in Zukunft nicht nur der Forderung der UN nachkommen, 0,7 vH des Bruttosozialprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe zu vergeben, sie mußte auch neue Handlungskonzepte einer veränderten Entwicklungspolitik erstellen. Gute Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch, beispielsweise der einer Sozialpolitik der reichen Länder des Nordens gegenüber den armen Ländern des Südens oder der Gedanke einer ‚Automatisierung‘ der Entwicklungshilfe. Man sollte ihnen nähertreten, denn eine Politik, die dazu bereit ist, zur Sicherung des Friedens im Zweifel auch Zwangsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, muß alles tun, um heraufziehenden Konflikten durch menschenrechtsorientiertes und sozial verantwortliches Handeln vorzubeugen – auch wenn es etwas kostet, was derzeit besonders knapp zu sein scheint: Geld.

Wir wollen unsere Streitkräfte den Vereinten Nationen zur Verfügung stellen

Rede des deutschen Außenministers vor der 47.UN-Generalversammlung
(23. September 1992)

KLAUS KINKEL

Herr Präsident, Herr Generalsekretär, meine Damen und Herren! Als die Generalversammlung Sie, Herr Präsident, in der vergangenen Woche in Ihr hohes Amt gewählt hat, bekannte sie sich damit auch zum Sieg von Freiheit und Demokratie in ganz Europa. Ich beglückwünsche Sie hierzu und begrüße Sie als Vertreter eines Landes, zu dem wir seit langem enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Für Sie, Herr Generalsekretär, ist dies die erste Generalversammlung seit Ihrer Amtsübernahme. Für die Entschlossenheit und Tatkraft, mit der Sie die gewaltigen, vor Ihnen stehenden Aufgaben angepackt haben, verdienen Sie unser aller Anerkennung. Mein besonderer Gruß gilt den Vertretern der Länder, die seit der letzten Generalversammlung neu in unsere Organisation aufgenommen wurden.

Die Welt atmete auf, als die Ost-West-Konfrontation endlich zu Ende war. Fast war eine Euphorie des Friedens spürbar geworden. Heute ist Ernüchterung eingetreten. Mit der Freiheit sind der Welt nicht nur historische Chancen erwachsen, es sind auch alte Dämonen zurückgekehrt – blinder Nationalismus und Machthunger, Fremdenhaß und religiöser Fanatismus. Dabei sind die dramatischen Umbrüche der politischen Landkarte noch längst nicht zum Stillstand gekommen. Die Auswirkungen des Bebens können wir noch nicht voll abschätzen, und auch Nachbeben können wir nicht ausschließen. Über all den neuen Sorgen dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: Kaum eine Generation vor uns hatte solche Chancen, gemeinsam in guter Nachbarschaft, in Frieden, Harmonie und Wohlstand zu leben. Deshalb können wir zuversichtlich sein.

Und dies gilt nicht nur für Europa: Das Ende des Ost-West-Konflikts hat auch auf der Südhalbkugel den Weg geebnet zur Lösung von Konflikten, die über Jahrzehnte unlösbar erschienen. Im Nahen Osten, im Südlichen Afrika oder in Kambodscha gehen die Konfliktparteien aufeinander zu in einer Weise, wie es in den Zeiten der ideologischen Stellvertreterkämpfe undenkbar gewesen wäre.

Meine Botschaft ist deshalb: Lassen wir uns weiter von der Vision einer besseren und gerechteren Welt leiten. Mit großer Beharrlichkeit haben wir die Ost-West-Konfrontation abgebaut. Das gleiche Engagement, den gleichen langen Atem brauchen wir jetzt für den Aufbau einer neuen Ordnung. Wir müssen uns der freigewordenen Kräfte bewußt bleiben und sie für den Frieden und für die Menschen nutzen.

Mit der Schaffung der Europäischen Union versucht die Europäische Gemeinschaft eine Jahrhundertchance für ganz Europa am Schopf zu packen. Es ist die Vision eines wirklich vereinten Europas. Das ‚Ja‘ unserer französischen Freunde zu dieser Union hat uns die Chance zur Verwirklichung dieses großen Ziels erhalten. Die Regierungen müssen aber auch ihre Bürger auf diesen Weg nach Europa mitnehmen. Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht. Die Stärkung des Vertrauens unserer Bürger in eine gemeinsame europäische Zukunft bleibt die Hauptaufgabe der Gemein-

schaftspolitik in den vor uns liegenden Monaten. Was an Unzufriedenheit, Unsicherheit und Unverständnis in fast allen Ländern angekommen ist, kann nicht einfach beiseite geschoben werden. Es bedarf allerdings keiner Änderung des Maastrichter Vertragswerks, um manches aufzufangen.

Die Europäische Gemeinschaft ist nicht nur ein Modell der Hoffnung, der Prosperität für den Osten Europas, sie hat auch mit den Entwicklungsländern neue Formen der Zusammenarbeit und der Partnerschaft erschlossen. Ihr Integrationsmodell ist Vorbild für viele regionale Initiativen in Asien, in Afrika und in Lateinamerika. Auch aus dieser globalen Verantwortung heraus muß Europa zu einer Stimme werden – auch hier in den Vereinten Nationen.

In dieser Zeitenwende, wo so vieles in Frage gestellt ist, was gestern noch galt, wo viele Menschen im Westen ihren Besitzstand, ihre persönliche Sicherheit und ihre nationale und kulturelle Identität gefährdet sehen, wo eine noch größere Zahl im Osten und im Süden heute nicht weiß, wovon sie morgen leben soll, wo ein Heer von Kriegs- und Armutsflüchtlingen zu einer neuen Völkerwanderung zu werden droht – in dieser Situation müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, ob der neue gemeinsame Anlauf der Weltgemeinschaft nach dem Ende des Kalten Krieges in der Lage ist, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Die Lösungsfähigkeit der Politik insgesamt ist in Zweifel geraten – und dies nicht nur in Europa. Die Erwartungen der Menschen und die praktischen Ergebnisse der Politik im Innern wie nach außen klaffen weit auseinander. Die Politik steht unter dem Gebot, Reden und Handeln wieder in größere Übereinstimmung zu bringen.

Der historische Prozeß der europäischen Einigung wird gegenwärtig überschattet durch etwas, was man vor wenigen Jahren noch für unvorstellbar gehalten hätte: durch die Rückkehr der Barbarei in das europäische Haus. In Bosnien-Herzegowina tobt ein Vernichtung- und Vertreibungskrieg, der eine schreckliche Vergangenheit wieder heraufbeschwört. Was dort geschieht, und das kann man nicht deutlich genug sagen, ist Völkermord! Die Londoner Konferenz hat die Entschlossenheit der Staatengemeinschaft verdeutlicht, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Sie hat als gemeinsame große Anstrengung der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft den Genfer Verhandlungsprozeß eingeleitet – wohl eine der letzten Chancen für eine politische Lösung in absehbarer Zeit. Die Vorsitzenden dieser Konferenz, Cyrus Vance und Lord Owen, haben unsere volle Unterstützung. Deutschland wird seinen Beitrag im Rahmen dieser Friedenskonferenz leisten. Eines muß ganz klar bleiben: Die Staatengemeinschaft wird mit Gewalt veränderte Grenzen niemals anerkennen. Wer auf spätere Hilfe der Völkergemeinschaft hofft, muß jetzt und sofort die Waffen schweigen lassen!

Trotz vorsichtiger Anzeichen dafür, daß sich die serbische Führung der Konsequenzen der Ächtung der Völkergemeinschaft vielleicht doch

bewußt zu werden beginnt: Das Morden und Vertreiben geht weiter. Mit Erschütterung haben wir vom Bericht der KSZE-Mission über die Verbrechen und Unmenschlichkeiten in den Gefangenenlagern Kenntnis genommen. Wir müssen gerade als Europäer ehrlich sein: Jeder Tag, an dem unschuldige Zivilisten weiter beschossen und Gefangene gequält werden, unterhöhlt die Glaubwürdigkeit und Autorität des neuen Europa, das wir gemeinsam bauen wollen.

Krieg herrscht auch in Somalia, Sudan, Liberia, Afghanistan, Georgien und Berg-Karabach. Habgier, Anarchie und menschliches Leid haben insbesondere in Somalia ein erschütterndes Maß angenommen. Die Staatengemeinschaft hat sich, wenn auch spät, der Not, des Hungers und des Elends dieser Menschen angenommen. Es ist zu hoffen, daß es den Bemühungen des UN-Generalsekretärs und seines Bevollmächtigten Sahnoun gelingt, dieses leidgeprüfte Land zu Frieden und wirtschaftlicher Gesundung zurückzuführen.

Was sind die Schlußfolgerungen aus dieser Lage für die internationale Staatengemeinschaft? Die Achtung vor dem Völkerrecht und den Menschenrechten als Grundlage des Friedens und der internationalen Ordnung war eine der Hauptlehren aus dem Zweiten Weltkrieg. Aus dieser Erfahrung entstanden die Vereinten Nationen und die Europäische Gemeinschaft. Das Ziel, nationalistische Machtpolitik, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durch internationale und supranationale Zusammenarbeit zu überwinden, bleibt unverändert gültig. Auch Rückschläge dürfen uns von diesem richtigen Weg zur Herrschaft des Rechts und der Achtung der Menschenwürde nicht abbringen. Eine vernünftige Alternative hierzu gibt es nicht, es sei denn, man wollte zurück zu dem Recht des Stärkeren.

Nur wenn es den Vereinten Nationen oder den regionalen Organisation gelingt, den einzelnen Staat vor der Aggression von außen und Minderheiten vor der Verfolgung im Innern zu schützen, kann es den nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhofften Übergang von nationaler Macht- und Rüstungspolitik hin zur Herrschaft des Rechts, zur kollektiven Sicherheit und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geben.

Was muß hierzu geschehen?

Erstens: Das System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen und regionaler Abmachungen wie der KSZE muß zu einem schlagkräftigen Instrument einer neuen Weltinnenpolitik gemacht werden. Die Konflikte sind leider schneller gewachsen als die Instrumente zu ihrer Eindämmung. Sie, Herr Generalsekretär, haben weitreichende Vorschläge gemacht – mit dem richtigen Ziel, die Vereinten Nationen erstmals in ihrer Geschichte zu dem zu machen, was ihnen in der Charta zugedacht war, zum zentralen Friedenschützer der Weltgemeinschaft. Und dieses Ziel, meine ich, ist erreichbar. »Wehret den Anfängen!« Dies muß der oberste Grundsatz der Konfliktvorbeugung sein. Die diplomatischen Bemühungen müssen einsetzen, *bevor* es zu einer akuten Bedrohung der Sicherheit kommt. Sie müssen, wenn notwendig, durch die präventive Stationierung von Blauhelmen verstärkt werden. Dieser Vorschlag hat unsere volle Unterstützung. Dem potentiellen Aggressor muß von vornherein mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß er mit der ganzen Breite von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen rechnen muß, die die Charta der Vereinten Nationen vorsieht. Wer über den Aggressor die schützende Hand hält, muß mit Isolierung, wer Sanktionen bricht, muß gleichfalls mit Sanktionen rechnen müssen.

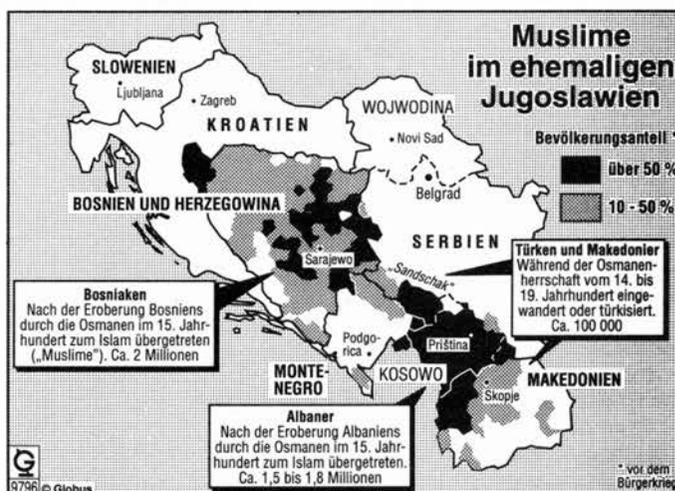
Für die Schaffung kollektiver Sicherheit entscheidend ist ein enges Zusammenwirken zwischen Institutionen wie den Vereinten Nationen oder der KSZE einerseits und kollektiven Verteidigungsbündnissen wie NATO oder Westeuropäische Union andererseits. Erste Schritte in diese Richtung wurden gemacht in der Erkenntnis, daß auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Demokratien wehrhaft *bleiben* müssen, die neue Architektur wehrhaft *werden* muß. Was im innerstaatlichen Bereich völlig unstrittig ist, gilt auch für die zwischenstaatliche Sicherheit, wenn von einer wirklichen »Ordnung« die Rede sein soll.

Wenn alle anderen Mittel versagen, dann muß das Recht notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rechtsverletzer geschützt werden. Dies ist auch eine Lehre aus einer gerade für uns Deutsche unheilvollen Vergangenheit. In der Charta der Vereinten Nationen ist dies verankert.

Der Schwerpunkt unseres deutschen Beitrags zur internationalen Stabilität wird weiter im Bereich der Friedensgestaltung liegen: bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem Schutz der Menschenrechte, der humanitären Hilfe und beim internationalen Umweltschutz.

Wir müssen aber auch die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß unsere Streitkräfte, nach Zustimmung des Bundestages, den Vereinten Nationen für *friedensbewahrende* und *friedensschaffende* Einsätze zur Verfügung gestellt werden können. Wir müssen als wiedervereinigtes und souveränes Land alle Rechte und Pflichten eines Mitgliedes der Vereinten Nationen übernehmen, damit nicht eine Kluft entsteht zwischen unserem verbalen Engagement für Friede und Menschenrechte und unserem tatsächlichen Eintreten für sie. Parlament und Bundesregierung werden dabei nicht vergessen, daß uns unsere Geschichte besondere Zurückhaltung und Augenmaß auferlegt. Aber wir müssen im Bewußtsein des Geschehens die Kraft und den Mut für eine bessere Zukunft finden.

Deutschland hat sich bereits jetzt im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Möglichkeiten mit Logistik, Ordnungskräften, Wahlbeobachtern, Verifikationsteams und Sanitätspersonal an Operationen der UN un-



Im ehemaligen Jugoslawien gab es unter den vielen Nationen eine, die man in Ermangelung eines anderen Namens Muslime nannte. Dieser Begriff meinte die serbokroatisch sprechenden Bosnier muslimischen Glaubens, die man früher auch Bosniaken genannt hatte. Auf die Konstituierung einer muslimischen Nation hatten sie gedrängt, weil sie sich bei den Volkszählungen weder als Kroaten noch als Serben bezeichnen wollten. Die knapp zwei Millionen Bosniaken stellen zwar die größte Gruppe unter den Muslimen des ehemaligen Jugoslawien, aber es gibt noch andere. In erster Linie sind hier die mehr als eineinhalb Millionen Kosovo-Albaner zu nennen, die sich zur albanischen Nation zählen und zu 95 vH zum Islam bekennen. Ferner gibt es in Serbien und Mazedonien rund 100000 Türkisch oder Mazedonisch sprechende Muslime, die im Laufe der Türkenherrschaft dorthin eingewandert oder wie die Bosniaken und Albaner zum Islam übergetreten sind.

ter anderem in Namibia, Angola, Zentralamerika, Kambodscha und Irak beteiligt. Mit unseren Hilfsflügen nach Sarajevo und nach Somalia haben wir dieses Engagement ausgeweitet.

Die von Ihnen, Herr Generalsekretär, mit Tatkraft eingeleiteten Reformen haben unsere volle Unterstützung. Wir ermutigen Sie, dieses Reformwerk zielstrebig weiter voranzutreiben. Die Einsetzung des Koordinators für humanitäre Hilfe hat, vielen Skeptikern zum Trotz, gezeigt, daß diese Organisation veränderungsfähig ist. Weitere Reformanstrengungen sollten sich nach unserer Auffassung vor allem auf drei Bereiche konzentrieren: die Rationalisierung des Sekretariats, die Straffung der Ausschüsse und ihrer Verfahren sowie die Stärkung der Stellung des Generalsekretärs gegenüber den Unter- und Sonderorganisationen. Dies ist dringlich, vor allem für den zentralen Bereich Umwelt und Entwicklung.

Der Sicherheitsrat ist der Wächter über den internationalen Frieden. Seine Handlungsfähigkeit und seine Glaubwürdigkeit sind gleichermaßen von Bedeutung. Eine Diskussion über seine Reform ist in Gang gekommen. Wir Deutschen ergreifen hier keine Initiative. Wenn aber eine Änderung der jetzigen Zusammensetzung des Rats konkret ins Auge gefaßt wird, werden auch wir unseren Wunsch nach einem ständigen Sitz vorbringen.

Zweitens: Die Staaten und die regionalen Organisationen müssen größere Eigenverantwortung übernehmen. Die Vereinten Nationen dürfen nicht überfordert werden. Die Vorstellung, sie könnten alle von Krieg und Bürgerkrieg heimgesuchten Menschen schützen und ernähren, ist eine Utopie.

Drittens: Wir brauchen den weiteren Ausbau der internationalen Rechtsordnung mit dem Ziel, den Schutz von Mensch und Natur zu verbessern. Dies kann jetzt in einem fairen und partnerschaftlichen Prozeß geschehen, frei von Ideologien und Blockdenken. Auch dies ist eine große Chance nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Wir müssen dabei die besondere Qualität des Rechts zum Tragen bringen: Es verlangt Beteiligung und Konsens, vor ihm sind alle gleich, es schützt die Schwachen und legitimiert Zwang dort, wo er unumgänglich ist. Kein Kulturkreis darf die eigene Wertordnung anderen überstülpen wollen. Aber es gibt eben auch einen universalen völkerrechtlich verbindlichen Kernbestand an Menschenrechten, an dem niemand, auch nicht mit dem Hinweis auf unterschiedliche kulturelle Traditionen, rütteln darf. Dies muß die zentrale Botschaft der Wiener Menschenrechtskonferenz im nächsten Jahr sein.

Im deutschen Namen sind während des Nationalsozialismus schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden. Die Deutschen im Westteil unseres Landes hatten 1945 das Glück, eine freie, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft aufbauen zu können. Die Menschen im anderen Teil Deutschlands mußten bis 1990 ein weiteres Unrechtsregime ertragen. Wir sind wahrlich gebrannte Kinder! Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß ohne Achtung der Men-



Der französische Staatspräsident François Mitterrand und UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali waren unter den zahlreichen Trauergästen aus aller Welt, die Willy Brandt am 17. Oktober in der deutschen Hauptstadt auf seinem letzten Weg begleiteten. Brandt (18.12.1913–8.10.1992), Friedensnobelpreisträger, ehemaliger Außenminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, langjähriger Vorsitzender der SPD und der Sozialistischen Internationale, stand den Anliegen der Vereinten Nationen außergewöhnlich aufgeschlossen gegenüber. Mit seinem Namen verbunden ist insbesondere der Versuch, die entwicklungspolitische Diskussion neu zu beleben: 1980 wurde der erste Bericht der von ihm geleiteten 'Brandt-Kommission' zu Nord-Süd-Fragen vorgelegt. Der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen war er 30 Jahre lang als Mitglied ihres Präsidiums verbunden; in dieser Eigenschaft hielt er 1986 in Berlin die Laudatio auf Liv Ullmann, als ihr die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der DGVN verliehen wurde. In VEREINTE NATIONEN hat er sich zuletzt aus Anlaß des Internationalen Friedensjahres (Abrüstung und Entwicklung. Die Herausforderung an die internationale Gemeinschaft im Jahr des Friedens, VN 2/1986 S.45ff.) geäußert.

schenrechte kein erfülltes und würdiges Leben möglich ist. Deshalb mein Credo, das ich nicht müde werde zu wiederholen: im Mittelpunkt der Politik – auch der Außenpolitik – muß der Mensch stehen. Um ihn geht es. Ihn müssen wir schützen und vor Ungerechtigkeit bewahren. Der Schutz der Menschenrechte bleibt ein zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik.

Eine wirksame internationale Rechtsordnung muß die Menschenrechte verwirklichen, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen Schutz gewähren und Rechtsbrecher konsequent zur Verantwortung ziehen. Zusammen mit unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft setzen wir uns für die Einsetzung eines Hochkommissars für Menschenrechte ein.

Wer Völkermord begeht, wer die Menschenrechte aufs schwerste verletzt – leider geschieht dies weltweit laufend, Amnesty International weiß ein Lied davon zu singen –, der muß vor einem internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden. Ich begrüße, daß

die deutsche Forderung nach der Einrichtung eines solchen Gerichts inzwischen breite Unterstützung findet. Die Völkerrechtskommission muß ein Mandat für die Ausarbeitung eines entsprechenden Statuts erhalten.

Wir werden dafür kämpfen, daß Untaten, von wem auch immer begangen, geahndet werden. Niemand soll sicher sein dürfen, hierüber würde der Mantel des Vergessens ausgebreitet. Auch hierfür brauchen wir den Hochkommissar für Menschenrechte. Seine Ermittlungen und andere Informationen sollten als spätere Grundlagen für Strafverfahren in einem Register gesammelt werden.

Erfahrungen, die wir gegenüber der ehemaligen DDR-Regierung gesammelt haben, zeigen: Die Befürchtung, daß über Untaten Buch geführt wird, bleibt nicht ohne Auswirkungen. Menschenrechtsverletzungen sind eine der großen Geißeln der Welt; sie anzuprangern, aufzudecken und zu verhindern, darf uns keine Anstrengung zu viel sein.

Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungsexportkontrolle bleiben auch nach dem Ende der großen Ost-West-Konfrontation unabdingbar zur Festigung des Friedens. Nach Jahrzehnten des Wettrüstens hat die neue Ära auch bei der Abrüstung zu großen Fortschritten geführt. Aber noch starrt die Welt vor Waffen. Wir haben in Europa als erste mit der Vernichtung von Panzern begonnen. Die Befriedung des Nordens darf nicht dazu führen, daß nun der Süden mit Waffen vollgestopft wird. Die Entwicklungsländer brauchen nicht mehr Panzer und Kanonen, sondern mehr Schulen und Krankenhäuser. Das UN-Waffenexportregister muß als Einstieg genutzt werden, um das unverantwortliche Ausmaß des internationalen Waffenhandels zu reduzieren.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, ist heute die dringlichste Aufgabe der Abrüstung. Deutschland ist entschlossen, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Wir haben als einziger Staat der Welt einseitig und vorbehaltlos auf ABC-Waffen verzichtet.

Die Konvention zum globalen Verbot chemischer Waffen, die in der Genfer Abrüstungskonferenz unter unserem Vorsitz erarbeitet wurde, ist ein Meilenstein. Ich rufe alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, in der gegenwärtigen Generalversammlung dieser Konvention zuzustimmen und sie unverzüglich zu zeichnen.

Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag muß 1995 unbefristet verlängert werden. Wenn es uns nicht gelingt, die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu unterbinden, dann geht die Menschheit einem nuklearen Risiko entgegen, das dem des Kalten Krieges nicht nachsteht. Wir können den atomaren Geist nicht mehr in die Flasche zurückzwingen. Aber wir müssen ihn weiter streng kontrollieren. Hierzu gehört auch eine internationale Konvention zur Erhöhung der Reaktorsicherheit!

All dies wären Aufgaben genug. Aber die gewaltigste Aufgabe, die wir meistern müssen, ist die Schaffung einer neuen Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft zwischen armen und reichen Nationen, die auch künftigen Generationen einen bewohnbaren Planeten Erde erhält. Diese Welt ist zutiefst ungerecht. Unendlich viele Menschen auf dieser Erde haben von Geburt an nicht die geringste Chance auf ein auch nur annähernd menschenwürdiges Leben. Etwa eine Milliarde Menschen lebt in absoluter Armut und kann weder lesen noch schreiben. An die 20 Millionen Flüchtlinge sind auf der Weltwanderung der Not; ein Fünftel der Menschheit verbraucht vier Fünftel aller Ressourcen und verdient sechszigmal soviel wie das ärmste Fünftel.

Wir Menschen in den Industriestaaten vergessen andererseits über unseren eigenen Sorgen – die ich nicht leugnen will –, daß wir im Vergleich zu vielen Regionen der Dritten Welt wie auf einer Insel der Glückseligkeit leben. Viele von uns denken nur noch an ihre Ansprüche, an die Verteidigung ihres Besitzstandes. Der Sinn für die Werte der Menschlichkeit und Solidarität droht dabei verloren zu gehen. Unser freies westliches Gesellschaftssystem hat zwar die Auseinandersetzung mit der Unfreiheit gewonnen, jetzt müssen wir jedoch beweisen, daß unsere Wirtschaftsweise, unser Lebensstil eine langfristig tragfähige Entwicklung auch im Osten und im Süden anderer Erde sichern können. In den Ländern der Dritten Welt muß andererseits die Einsicht weiter wachsen, daß man nicht nur andere in die Pflicht nehmen kann, sondern für sein eigenes Haus zuallererst selbst verantwortlich ist. Hier ist auf der Konferenz von Jakarta erneut ein Bewußtseinswandel deutlich geworden. Dies ist eine Entwicklung, die Mut macht.

Worum geht es im Kern? Es geht um die Entwicklung einer globalen Partnerschaft und von Lebensformen im Norden wie im Süden, die das gemeinsame Überleben sichern. Dabei müssen wir einen vernünftigen Mittelweg finden zwischen einer völlig unrealistischen Forderungshaltung, alles sei auf einen Streich zu lösen, und der Resignation, es sei ohnehin schon alles zu spät.

> Der Norden muß durch eine Öffnung seiner Märkte den schwächeren Volkswirtschaften eine echte Entwicklungschance geben. Durch Abbau von Protektionismus müssen wir das wirtschaftliche Fundament der Staaten stärken, die heute um Demokratie und Menschenrechte ringen. Deshalb bleibt ein Erfolg der GATT-Verhandlungen so wichtig.

> Die wirtschaftliche Stabilisierung Osteuropas und der GUS-Staaten darf nicht zu Lasten der Entwicklungshilfe gehen. Die neuen Demokratien im Osten und die Entwicklungsländer *gemeinsam* in

Nein zum Blauhelm, Ja zur Uno

eine weltweite Partnerschaft einzubinden, war die Leitlinie des Münchner Wirtschaftsgipfels. Auch Deutschland hat hier Wort gehalten. Trotz unserer inneren Ausnahmesituation und enormen Hilfsleistungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der neuen Demokratien zwischen Bug und Wladiwostok ist unser Entwicklungshilfeetat auch seit 1990 weiter gewachsen. Wir werden auch in Zukunft substantiell zur Überbrückung der Armutskluft zwischen Nord und Süd beitragen. In diesem Sinn ist auch unser Angebot für Bonn als Standort für einen Teil der UN-Entwicklungsaktivitäten zu verstehen.

- > Was not tut, ist ein tiefgreifender technologischer Wandel in den Bereichen Verkehr, Energie, Industrieproduktion, Wohnungsbau und Landwirtschaft hin zu einer neuen Generation umweltschonender Technologien. In Umsetzung der Ergebnisse von Rio de Janeiro muß es zu verbindlichen Richtwerten für die Reduktion von CO₂-Emissionen und zu einem wirksamen Schutz der Wälder kommen.
- > Die schwierigste Aufgabe ist zugleich eine der wichtigsten: eine verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik. Hier sind Veränderungen nötig, die tief in die Individualität der Menschen hineinreichen. Hauptansatzpunkt muß die Verbesserung der sozialen Stellung der Frauen in den Entwicklungsländern sein. Die Menschen haben ein Recht darauf, die Größe ihrer Familie selbst zu bestimmen. Familienplanung muß in der Entwicklungsstrategie einen neuen Stellenwert bekommen. Die Bedeutung der Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung im Jahre 1994 und der Weltfrauenkonferenz im Jahre 1995 kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden.
- > Die Hilfe der Industriestaaten kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Auch muß die Lehre aus dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie gezogen werden: Zwangsherrschaft macht entwicklungsunfähig.

Auf einen Nenner gebracht: Notwendig ist ein Aufbruch weg von kurzfristigem Egoismus und Raubbau an der Natur hin zur Zukunftssicherung, zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zum Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie. In dieser Zeit wachsender persönlicher Freiheit müssen wir auch zu Solidarität und zur Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl fähig bleiben.

Der verantwortungsvolle Gebrauch der Freiheit, das ist die eigentliche Herausforderung am Ende dieses Jahrhunderts. In diesem Sinne muß die Welt, müssen Ost und West, Nord und Süd, um der Zukunft unserer Kinder willen zu einer Lerngemeinschaft werden. Wir müssen in einer neuen Welt gemeinsam das Überleben lernen!

Keine Institution ist mehr dazu berufen, zur zentralen Instanz dieser Lerngemeinschaft zu werden, als die Vereinten Nationen: 1995 ist der 50. Jahrestag ihrer Gründung. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Forum bis dahin so stärken, daß es den Hoffnungen der Menschen in aller Welt gerecht werden kann. Vergessen wir nicht: Wir – die Staaten – werden die Weltorganisation bekommen, die wir verdienen!

Deutschland hat die dramatischen Umbrüche unserer Tage, den Zwihschritt von Chancen und Risiken, Hoffnungen und Zukunftsängsten wie kaum ein anderes Land am eigenen Leibe erfahren. Wir sind wieder vereint. Dafür sind wir dankbar, sehr dankbar. Die für uns jetzt vorrangige Aufgabe ist die innere Vereinigung unseres Volkes. Sie beansprucht uns bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.

Trotzdem haben wir für den Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas und der GUS-Staaten mehr an Hilfe geleistet als alle übrigen Staaten zusammen. Wir nehmen von allen europäischen Staaten mit unserem liberalen Ausländerrecht weitaus die meisten Asylbewerber auf – wohl 400 000 in diesem Jahr. 220 000 Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina haben bei uns Zuflucht gefunden.

Wir sind in Europa und weltweit der Hauptmagnet für die große soziale Weltwanderungsbewegung von Ost nach West, von Süd nach Nord. Angesichts nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, insbesondere in unseren östlichen Landesteilen, eine außerordentliche Belastung für unserer Bevölkerung. Dies muß man sehen, wenn man der Haltung unserer Bevölkerung gegenüber Ausländern gerecht werden will. Wenn ich dies hervorhebe, will ich jedoch nichts beschönigen: Der Haß und der Terror einer Minderheit von Radikalen in unserem Land gegen Asylsuchende ist eine Schande für Deutschland. Ich bedaure dies zutiefst. Aber ich füge hinzu: Dies ist nicht die Haltung der großen Mehrheit der Deutschen gegenüber Ausländern! In meinem Land leben 6,3 Millionen Ausländer harmonisch mit der deutschen Bevölkerung zusammen. Jahr für Jahr stellt unsere Bevölkerung ihre Solidarität mit ausländischen Menschen durch umfangreiche Hilfsaktionen unter Beweis – durch großzügige Spenden gegenüber den Menschen in der ehemaligen Sowjetunion, umfangreiche Hilfe für die Kurden oder die hungernden Menschen in Somalia.

Deutschland verdankt seine Einheit dem Abbau der Konfrontation in Europa und dem Vertrauen, das wir uns durch unsere europäische Politik und den Verzicht auf nationale Alleingänge erworben haben. Daraus entnehmen wir für uns eine Verpflichtung: Wir werden auch in Zukunft unser Gewicht voll in die Waagschale der europäischen Einigung und der weltweiten partnerschaftlichen Zusammenarbeit gerade in den Vereinten Nationen legen. Wir werden uns mit aller Kraft für Menschenrechte und gegen Unterdrückung, für weltweite Solidarität und gegen übersteigerten Nationalismus einsetzen. Das ist der Kern der Außenpolitik des vereinten Deutschlands, für die ich stehe.

Nein, weil es in der Mogelpackung der Rechten nicht um die UN geht, sondern um nationale Macht. Macht in der NATO und in der EG/WEU: Wir sind wieder wer, und das zeigen wir mit ›blanker Waffe‹ und ›deutschem Blut‹ doch viel besser als mit verweichlichten Argumenten und angezogenen Spenderhosen. Die deutschen Farben neben dem Sternenbanner, viel besser: hinter der blauen Uno-Flagge, das erhält der Bundeswehr den Sinn und rechtfertigt einen hohen nationalen Rüstungsetat.

Nein, weil selbst ein striktes Verfassungsverbot jeder militärischen Beteiligung an Zwangsmaßnahmen der UN mit deren Charta vereinbar ist, solange das legitime kollektive Gewaltmonopol der Weltorganisation gestärkt wird. Denn das Ziel der Charta ist Abrüstung und gewaltfreie Politik. Warum spricht keiner der sogenannten Entscheidungsträger über diese zivile Option fürs Grundgesetz? Konkrete Vorschläge zuhauf enthält die ›Agenda für den Frieden‹ des Generalsekretärs Boutros-Ghali.

Nein, weil auch die UN-Politik der größten Oppositionspartei sich an nationalistischen Stimmungen orientiert. Nur so ist verständlich, daß ihre Spitzenpolitiker die sicherheitspolitische Kehrtwendung an die Bedingung von ›reformierten Vereinten Nationen‹ binden, ohne je zu präzisieren, was sie – hoffentlich noch – trennt von den reaktionären Perspektiven, die seit Reagan-Zeiten die Debatte um eine vorgebliche ›UN-Reform‹ publikumswirksam prägen.

Ja zum Kurs von Boutros-Ghali, unter Beachtung der Charta-Beschränkungen für die legitime Gewaltandrohung und -anwendung: Kapitel VII, einschließlich der Bestimmungen über den bisher nur formal bestehenden Generalstabsausschuß, muß die Richtschnur bleiben. Nein zu ›Reformen‹, die den Einfluß der Hegemonialmächte weiter verstärken und legitimieren.

Ja zum entschiedenen Ausbau der zivilen Ordnungsrolle der UN, vor allem zur Verhinderung von Kriegen zwischen Staaten und Bürgerkriegsparteien, aber auch nach solchen Konflikten. Boutros-Ghali verweist auf die lange Skandalkette: Lähmung der UN beim Eintreten von Krisen wegen des immer neuen Streits über Ad-hoc-Finanzierung und Zahlungsverweigerungen (größter Schuldner sind seit mehr als zehn Jahren die USA). Soldaten und normales Gerät für UN-Blauhelm-Aktionen waren und sind kein Problem – so Boutros-Ghali –, sondern ihre Finanzierung: 1992 lächerliche zwei bis drei Mrd US-Dollar für alle Blauhelm-Aktionen (bei einem Rüstungsetat von rund 33 Mrd Dollar in Deutschland, rund 250 Mrd in den USA). Personelle Engpässe, so der Generalsekretär, gebe es hingegen immer wieder bei Polizeikräften und Zivilpersonal; die vorbeugende UN-Diplomatie, die Friedenskonsolidierung und die Beseitigung von Konfliktursachen seien praktisch inexistent und völlig unterfinanziert. Wie seine Vorgänger fordert Boutros-Ghali die Kooperation gerade auch der reichen Mitglieder ein, beklagt ihre mangelnde Satzungstreue – mit anderen Worten das durch die Reichen erzwungene, satzungswidrige ›Konsensprinzip‹ bei der Festlegung von Aufgaben und Haushalt, wodurch jeder Ansatz zu einer effizienten Weltinnenpolitik stranguliert wird – und verlangt konkret Weltsteuern für Staaten, Unternehmen und den einzelnen Weltbürger. Womit er recht hat, denn schließlich liegt der Jahreshaushalt aller UN-Organisationen und -programme – von Entwicklungshilfe bis zu Blauhelm-Aktionen, freiwillige und Pflichtbeiträge summiert – nur bei etwa der Hälfte des öffentlichen Haushalts einer mittleren Großstadt wie Berlin.

Und der Generalsekretär ist natürlich nicht allein in dieser Sicht der Dinge. So fordert inzwischen Maurice Bertrand, prominenter Diskutant in den Erörterungen einer UN-Reform seit Mitte der achtziger Jahre, die kleinliche Erbsenzählerei aufzugeben und für eine ökologische und ökonomische Sicherheitspolitik das Zehnfache der gegenwärtigen Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Von all dem merkt man in der deutschen UN-Debatte nichts: Die Böcke des alten Denkens verkaufen sich weiterhin als Gärtner der Weltgesellschaft.

Jens Naumann □